

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Ein Blick in das neue Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute ist ernüchternd. Die Wirtschaft wird im nächsten Jahr schrumpfen und die Inflation weiter zunehmen. Die Wirtschaftsforscher sprechen von „massivem gesamtwirtschaftlichem Kaufkraftentzug“ und „permanenten Wohlstandsverlust“.

In solch schwierigen Zeiten braucht es einen klaren politischen Kurs. Die Ampel liefert das Gegenteil. Wirtschaftsminister Habeck dilettierte über Wochen mit der Gasumlage; Finanzminister Lindner suchte nach Wegen, wie er die Schuldenbremse umgehen und sich gleichzeitig als dessen Hüter darstellen kann, und Bundeskanzler Olaf Scholz – schwieg. Dazu offene Differenzen, die oft genug rasche Lösungen blockieren.

Ein besonderes Highlight im Ampel-Chaos lieferte die Habeck-Umlage. Handwerklich so schlecht gemacht, dass sie auch in den Reihen von SPD und FDP immer massiver in die Kritik geriet und schließlich in letzter Minute gestoppt wurde. Nun sollen es ein 200 Milliarden Euro schwerer Schattenhaushalt und ein Gaspreisdeckel richten, von dem die Ampel aber

nicht sagen kann, wie er aussehen soll.

Planungssicherheit für Bürger und Betriebe sieht anders aus. Viele wissen weiter nicht, wie sie Nachzahlungen für Strom oder Gas aufbringen und künftige Abschlagszahlungen stemmen sollen. Die Hilfen für die Verbraucher reichen nicht und immer mehr kleine und mittlere Betriebe stehen vor dem Aus, weil die Ampel immer noch nichts für sie tut.

CDU und CSU haben frühzeitig umfassende Pläne für eine Entlastung von Bürgern und Betrieben vorgelegt. Mit dem Gaspreisdeckel und der Umsatzsteuersenkung für Erdgas von 19 auf 7 Prozent werden jetzt immerhin zwei davon nach Monaten umgesetzt. Aber wir brauchen endlich auch die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau.

Gleichzeitig muss das Energieangebot ausgeweitet werden, damit die Marktkräfte wirken und der Energiepreise sinken. Habeck musste die Laufzeitblockade für die noch aktiven Atomkraftwerke wenigstens teilweise aufgeben. Das ist gut, reicht aber nicht. Es müssen dringend noch viel mehr Kraftwerke ans Netz.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Brehm

Kinder schützen - Vorratsdatenspeicherung regeln



Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeicherung drängen CDU und CSU darauf, die vom Gericht aufgezeigten Handlungsspielräume zur Speicherung von IP-Adressen rasch zur Stärkung von Polizei und Justiz bei der Verfolgung von schweren Straftaten wie sexuellem Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie auszuschöpfen. [Ein entsprechender Antrag](#) sieht eine sechsmonatige Speicherung der IP-Adressen und Portnummern vor, damit digitale Tatortspuren den Verursachern sicher zugeordnet werden können. Notwendig sei auch ein ebenso sicheres wie schnelles Abrufverfahren, um Tatverdächtige rasch zu identifizieren und schnell handeln zu können.



Sebastian Brehm: Die IP-Adressen sind gerade bei abscheulichen Verbrechen wie sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornographie im

Internet häufig die einzige Spur zu den Tätern. Mit der Speicherung dieser Daten versetzen wir die Ermittlungsbehörden in die Lage, schwere

Kriminalität zu bekämpfen und die Schwächsten in unserer Gesellschaft wirksam zu schützen. Wer Daten erst einfrieren will, wenn ein Tatverdächtiger bereits ermittelt ist, wie es der Bundesjustizminister von der FDP vorschlägt, zündet nur Nebelkerzen. Daten, die nicht mehr vorhanden sind, kann man auch nicht einfrieren. Die Leidtragenden sind die Opfer.“

Das Bundeskriminalamt registrierte im vergangenen Jahr mehr als 15.000 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch und mehr als 39.000 Fälle von Kinderpornographie, eine Zunahme von rund 50 Prozent gegenüber 2020. Davon konnten tausende Fälle nicht aufgeklärt werden, weil die IP-Adressen nicht verfügbar waren.

Bayern Spitze bei Erneuerbaren Energien



Das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck musste jetzt eingestehen, dass der Freistaat der mit Abstand größte Stromproduzent bei den Erneuerbaren Energien ist. Mit einer installierten Leistung von fast 21.900 Megawatt aus Biomasse, Solar, Wind und Geothermie lag Bayern zur Jahresmitte deutlich vor Niedersachsen mit gut 19.300 Megawatt. Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Freistaat Spitze. Im ersten Halbjahr 2022 wurden in Bayern Anlagen

mit einer Gesamtleistung von 1.181,5 Megawatt und damit mehr als in jedem anderen Bundesland errichtet.

Sebastian Brehm: „Damit entlarvt ausgerechnet das grüingeführte Bundeswirtschaftsministerium die Vorwürfe aus den Reihen von SPD und Grünen, Bayern vernachlässige den Ausbau erneuerbarer Energien, als falsch. Nachdem die Ampel auf unser Drängen hin endlich die Biogasdeckelung gestrichen hat, erwarte ich einen zusätzlichen Investitionsschub bei Erneuerbaren Energien in Bayern.“

CDU/CSU wollen Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken



CDU und CSU fordern eine Stärkung des EU-des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Dazu soll der Pakt nach Vorstellung der Union auf wenige Grundregeln verschlankt werden, ohne dabei die bestehenden Regeln zu verwässern.

In einem jetzt in den Bundestag eingebrachten [Antrag](#) betont die Unionsfraktion, das Ziel von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Staatsschuldenquote und die Obergrenze von drei Prozent für die jährliche Neuverschuldung müssten erhalten bleiben. Gleiches gelte für einen verbindlichen Schuldenabbau. Ausnahmen von den Stabilitätskriterien soll es nur noch

wegen Naturkatastrophen und extremer Wirtschaftskrisen geben. Außerdem müsse die Durchsetzung des Regelwerks effektiver ausgestaltet werden.

Sebastian Brehm: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist der wichtigste Anker für finanzielle Nachhaltigkeit in der EU. Forderungen, bestimmte Staatsausgaben nicht auf die Schuldenquoten anzurechnen, oder nach der Vergemeinschaftung von Schulden gefährden den dauerhaften Zusammenhalt in der EU. Die EU hat nur als Wachstumsunion eine Zukunft, als Schuldenunion wird sie scheitern – zum Schaden aller Bürgerinnen und Bürger in Europa. Die Linie der Ampel-Regierung, die Flexibilitätsklauseln auszuweiten, ist deshalb der falsche Weg für ein wirtschaftlich und finanziell nachhaltiges Europa und eine Gefahr für eine dauerhaft starke EU.“

20 Millionen Euro für Nürnberger Kongresshalle



Gute Nachrichten aus dem Haushaltsausschuss des Bundestages: Nürnberg erhält für den Ausbau von Ermöglichungsräumen für Kunst und Kultur in der Kongresshalle am ehemaligen Reichsparteitagsgelände 20 Millionen Euro Fördermittel aus Bundesmitteln.

Sebastian Brehm betonte: „Das ist ein Erfolg aller Nürnberger Bundestagsabgeordneten, die hier gemeinsam an einem Strang gezogen haben. Der neue Raum für wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch wird Mahnung und Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte des Gebäudes zugleich sein. Kunst, Kultur und alle Bürgerinnen und Bürger werden von der neuen Nutzung der Kongresshalle profitieren.“

Besuch aus dem Wahlkreis



Ein ganzer Bus von Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis hat mich in dieser Woche im Bundestag besucht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich drei Tage lang ein ausführliches Bild vom Bundestag und meiner Arbeit im Parlament machen. Es waren drei Tage interessanter Begegnungen, Gespräche und

Anregungen. Der Einblick in die Arbeitsweise des Bundestages trägt dazu bei, die demokratischen Prozesse greifbarer und verständlicher zu machen. Deshalb freue ich mich immer auf jede Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, die den Bundestag besucht.

Ganz ohne Motor



Großer Spaß beim Nürnberger Seifenkistenrennen am Schmausenbuck. Zusammen mit Handwerkskammerpräsident und Landtagskandidaten Thomas Pirner durfte ich die Siegerehrung des diesjährigen Rennlaufs übernehmen. Herzlichen Glückwunsch auch allen Teilnehmern für die kreativen und aufwändig gestalteten Seifenkistenboliden und ein großes Dankeschön für die tolle Organisation!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.